



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/06/2007
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Donnerstag, 06.09.2007
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Behindertenbeirat
4. Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. Ebene II
Vorlage: 0635/2007
6. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere
hier: Jahresberichte 2006
Vorlage: 0598/2007 - 2. Lesung und Vorstellung Bericht der AWO
7. Armutsbericht
8. Bürgerantrag zur Verbesserung der Situation der von Armut betroffenen Bürgerinnen und Bürger
Teil I
Antragsteller: Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Ruhr- Mark, Körnerstraße 43, 58095 Hagen, vertreten durch Herrn Michael Hermund
Vorlage: 0033/2007
9. Bürgerantrag zur Verbesserung der Situation der von Armut betroffenen Bürgerinnen und Bürger
Teil II
Antragsteller: Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Ruhr-Mark, Körnerstraße 43, 58095 Hagen, vertreten durch Herrn Michael Hermund
Vorlage: 0492/2007



10. Zwischenbericht über die Entwicklung eines Integrierten Handlungskonzeptes zur Aufnahme des Stadtteils Wehringhausen in das Landesprogramm Soziale Stadt
Vorlage: 0737/2007
11. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek begrüßt Frau Schewe von der AWO. Außerdem begrüßt sie als neue ordentliche Mitglieder Frau Kuschel-Eisermann und Herrn Hartmann und Frau Kurte als ihre neue Stellvertreterin.

2. Mitteilungen

Herr Fiedler berichtet, dass die Verwaltung über die Mark E eine Ermittlung bezüglich der Heizkostenentwicklung für den Bereich Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II durchgeführt habe. Danach werde es wieder Anpassungen zum 1. Januar 2008 geben, allerdings nicht mit einer Kostensteigerung, sondern mit einer Senkung. Das Ganze laufe jetzt noch im Verfahren, weil sozial erfahrene dritte Personen beteiligt werden müssten.

Weiterhin erklärt er, dass es bekanntermaßen Absicht des Landes sei, die Versorgungsämter zum 01.01.2008 aufzulösen und Teile der Aufgaben, die dort erledigt würden, auf die Kommunen zu übertragen. Die Stadt Hagen hätte demnach als kreisfreie Stadt das Schwerbehindertenrecht und die Leistungen nach dem Bundeselterngeld- und zeitgesetz zu übernehmen. Es gebe derzeit noch keinen Beschluss des Landes, sondern nur Absichtserklärungen. Es gebe keine verlässlichen Planungen.

Das bedeute für Hagen 10,5 Stellen für das Schwerbehindertenrecht und 2 Stellen für den anderen Bereich. Ein Problem sei die Unterbringung der Personen im Fachbereich Jugend und Soziales ein anderes die Unterbringung von 48.240 Akten. Er bitte jetzt schon um Verständnis, wenn Anfangsschwierigkeiten auftauchen würden.

Auf die Frage von Frau Machatschek, ob die Stadt Hagen die Kräfte auch bezahlen müsse, antwortet Herr Fiedler, dass die übergeleiteten Kräfte vom Land weiter bezahlt würden. Man wisse allerdings nicht, wie lange diese Zusagen Gültigkeit hätten. Was Pensionslasten bei Beamten angehe, werde man wahrscheinlich als Stadt draufzahlen.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass sich der Städtetag seit Beginn dieser Diskussion dafür einsetzte, dass das Land auch vollständig für Refinanzierung sorgen müsse, wenn es Aufgaben auf die Kommunen übertrage. Das sei, was die



Pensionslasten angehe, völlig ungeklärt. Was ihn ärgere, sei die Tatsache, dass die Öffentlichkeit nicht darüber informiert würde. Die Kunden, die auf das Versorgungsamt angewiesen seien, müssten doch wissen, an wen sie sich ab dem 01.01.2008 wenden könnten.

Eine Mitteilung in anderer Sache sei, dass man im Verwaltungsvorstand lange überlegt habe, was man mit dem Angebot der Landesregierung mache, 1 € für die Mittagsmahlzeit im Bereich der Offenen Ganztagschule für die Eltern zur Verfügung zu stellen, die dies nicht bezahlen könnten. Das Ganze sei mit einer Bedürftigkeitsprüfung versehen. Bei den 600 - 800 Kindern, die vermutlich darunter fielen, sei dies mit erheblicher Bürokratie verbunden. Man habe einen Weg gefunden, wie man das mit den Trägern möglichst unbürokratisch regeln könne. Man habe sich entschlossen, vorzuschlagen, bis zu 100.000 € mitzufinanzieren. Das werde aber noch den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat durchlaufen. Es werde angedacht, für diesen Zweck die Sparkassenspende 2007/2008 zu verwenden.

3. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Herr Denecke teilt mit, dass es aus dem Behindertenbeirat nichts Neues zu berichten gebe.

4. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Insel teilt mit, dass es aus dem Seniorenbeirat nichts Neues zu berichten gebe.

5. Ebene II

Vorlage: 0635/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek stellt fest, dass dieses Projekt neben dem künstlerischen Inhalt auch einen sozialpolitischen Hintergrund habe. Daher sei es wichtig, dass sich auch der Sozialausschuss mit dieser Vorlage befasse.

Herr Hartmann erklärt für die CDU-Fraktion, dass man dieses Problem eindringlich diskutiert habe, nicht nur unter kulturellem Aspekt, sondern vor allem unter finanziellem und natürlich auch unter sozialintegrativem Aspekt. Man lehne dieses Projekt ab, einerseits wegen der desaströsen Haushaltslage, aber



auch, weil es den Anspruch an ein integratives Projekt nicht erfülle. Man glaube nicht, dass es möglich sei, durch das Anmalen einer Brückenwanne 25.000 Migranten zu integrieren. Es seien nur Frauen beteiligt worden. Wer bestimme denn in diesen Familien, ob Integration stattfinde?

Richtiger sei eine Wohnumfeldverbesserung in Altenhagen. Es gehe nicht um das Geld, das man ausbebe, sondern um ein vernünftiges Projekt.

Er wiederholt noch einmal, dass die CDU-Fraktion dieses Projekt unter den genannten Einwendungen ablehne.

Herr Mervelskemper wundert sich über die Argumentation. Er sei immer davon ausgegangen, dass es im Rat bisher einen breiten Konsens gegeben habe, was diese Brücke angehe. Er habe den Verdacht, dass es der CDU-Fraktion nur um den finanziellen Aspekt gehe. Die Argumente hätte man auch schon früher diskutieren können. Er halte es für einen schlechten Zeitpunkt, Einwendungen zu erheben, nachdem sich schon so viele Leute engagiert hätten. Er möchte auf den kulturellen und integrativen Aspekt hinweisen. Man dürfe keine Chance vertun, diese Stadt liebenswert zu machen. Er sei davon überzeugt, dass man es schaffe, die Finanzierung auf eine solide Basis zu stellen. Man würge sonst Spendengelder ab, die zum Erfolg beitragen.

Herr Dücker stellt fest, dass es immer eine schwierige Sache sei, über Kunst zu diskutieren. Er würde daher lieber den sozialen Aspekt dieser Maßnahme in den Vordergrund stellen. Auch in seiner Fraktion gebe es eine kritische Stimme bezüglich des Projektes. Man versuche, noch Überzeugungsarbeit zu leisten, dass dieses Projekt sinnvoll sei. Man habe in Altenhagen schon dreimal eine Wohnumfeldverbesserung durchgeführt. Das habe nicht immer das gebracht, was man sich gewünscht habe. Was man also brauche, sei ein Mitnehmen der dort lebenden Bürger. Hier sei zum ersten Mal ein ganz neuer Versuch gestartet worden, diese Bürger anzusprechen und mit dem Schlüssel Kultur zu integrieren. Frauen würden hier zum ersten Mal ernst genommen. Er bitte, dieser Maßnahme zuzustimmen. Sie würde nur aus Spendengeldern finanziert und könne nur dann laufen, wenn diese Zuschüsse und Spendengelder kämen.

Dr. Schmidt ist der Meinung, dass dieses Projekt inzwischen europäische Dimension bekommen habe. Er halte es nicht für richtig, zum jetzigen Zeitpunkt eine inhaltliche und künstlerische Diskussion zu führen und das Projekt abzuqualifizieren. Dieses werde der politischen Diskussion nicht gerecht. Der Verwaltungsvorstand habe sich einstimmig dafür entschieden, auch in schwierigen Zeiten dieses Signal zu setzen und zu bitten, diesem Projekt zuzustimmen und es zu unterstützen.

Auch Herr Dreiski-Mousset hält Ebene II für ein gutes Projekt. Er fände es schade, wenn dieses Projekt nicht realisiert werden könne.

Frau Machatschek erklärt, dass sie sich entschieden gegen die „feministische Scheuklappe“ wehre. Es gebe ganz viele Untersuchungen, die zeigten, dass der Weg zur Integration nur über die Frauen gehe. Sie bittet auch um die Zustimmung der Ausschussmitglieder.



Frau Vierhaus erklärt, dass es noch viele begleitende Projekte geben solle. Dieses Projekt habe einen hohen Stellenwert bei Kulturhauptstadt 2010. Ganz viele Leute warteten darauf, dass das Projekt endlich starte. Die Finanzierung sei zu 90 % gesichert. Man benötige jetzt natürlich das politische Signal, dass man dieses Projekt wolle. Dieses Projekt sei ein Geschenk an die Stadt Hagen.

Herr Hartmann hält dem entgegen, dass die Stadt Hagen im nächsten Jahr 265.000 € im Haushalt einstellen müsse. Dieses Geld habe man nicht. Es müsste mit hohen Zinsbelastungen aufgenommen werden. Die Bundesmittel „Soziale Stadt“ in Höhe von 312.000 € seien auch noch nicht zugesagt. Insofern sei das Projekt nicht zu 90 % finanziert. Die Stadt müsse sich verschulden. Das sei bei dieser Haushaltslage nicht zu verantworten. Es handele sich schließlich um eine freiwillige Aufgabe.

Herr Brüggemann unterstützt die Ausführungen von Herrn Hartmann. Auch in Anbetracht der Tatsache, dass die Stadt Hagen zukünftig einen Mentor habe, seien solche Projekt nicht mehr realisierbar. Die Verbände leisteten wertvolle Arbeit auf diesem Gebiet und das müsse unterstützt werden. Ihm gehe es um eine intelligente und sachbezogene Kommunalpolitik. Das finde er in der geführten Diskussion nicht wieder.

Herr Dücker hält es gerade zum jetzigen Zeitpunkt für wichtig, Impulse zu geben. Er weist auf die Tatsache hin, dass diese Hochbrücke in jedem Fall in 3-4 Jahren saniert werden müsse. Das bedeute, dass man diese Sanierungsmaßnahme nur vorziehe. Für die Beantragung der Bundesmittel Soziale Stadt brauche man einen positiver Ratsbeschluss. Man habe eine Chance vertan, wenn man dieses Projekt nicht durchführe. In der Zukunft werde es darauf ankommen, mit geringem finanziellem Aufwand, aber kreativen Mitteln Migranten in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Herr Dreiski-Mousset greift den finanziellen Synergieeffekt auf. Wenn die Brücke sowieso eingerüstet werden müsse, um die Bauschäden zu beheben, dann stehe das Gerüst schon. Außerdem gebe es einen Sponsor, der sich bereit erklärt habe, die Kosten für Farbe zu übernehmen.

Herr Kirchhoff ist der Meinung, dass man mit diesem Projekt für diesen Stadtteil Gutes tun könne. Mit dieser Brücke habe man sich in den Siebzigerjahren versündigt. Der Betrag in Höhe von 265.000 € falle sowieso für die Sanierung an. Hier könne man die Synergieeffekte nutzen und ein Kunstprojekt daraus machen.

Frau Kuschel-Eisermann hat eine Anfrage an die Verwaltung. Sie weist darauf hin, dass in der Vorlage von einer Sanierung in 7 – 10 Jahren die Rede sei. Wenn die Brücke zur Sanierung vorgezogen würde, wüsste sie gern, welche Projekte dann nach hinten wegfielen. Außerdem sei in der Vorlage davon die Rede, dass die Finanzierung der Fortsetzungsprojekte durch gesonderte Anträge in 2009 und 2010 auf den Weg gebracht würden. Was sei mit diesen Finanzierungen? Die würden ja als Rattenschwanz hinten drangehängt. Die Stadt habe einen Nothaushalt.



Frau Machatschek stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hagen stimmt der Realisierung des Projektes „Sehnsucht nach Ebene II“ als Bestandteil der Kulturhauptstadt 2010 zu. Die Maßnahme wird in 2008 umgesetzt. Grundlage der Zustimmung ist der aktuelle Kosten- und Finanzierungsplan. Zur Kompensation von bislang nicht gedeckten Finanzierungsanteilen wird ein Sponsor/eine Stiftung im Rahmen einer Ausfallbürgschaft aufkommen. Städtische Sonderzahlungen über die bereitzustellenden Etats des laufenden Haushalts hinaus werden ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 9

Dagegen: 8

Enthaltungen: 0

- 6. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere hier: Jahresberichte 2006**
Vorlage: 0598/2007 - 2. Lesung und Vorstellung Bericht der AWO

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Schewe stellt die Arbeit der Suchtberatungsstelle der AWO vor.

Frau Machatschek drückt ihre Betroffenheit darüber aus, dass es für Menschen mit Essstörungen keine Ansprechpartner beim Gesundheitsamt gebe.

Frau Schewe bestätigt, dass es im weiten Umkreis keine andere Beratungsstelle für diese Problematiken gebe.

Frau Machatschek schließt den Teil dieses Tagesordnungspunktes ab und leitet über zur zweiten Lesung des Gesamtberichtes.



Frau Kurte vermisst die Haftentlassenenhilfe der AWO in dem Bericht. Die Position sei im Haushalt aufgeführt.

Herr Feldhaus erklärt, dass die Finanzierung der Haftentlassenenhilfe über das Justizministerium und die Stadt Hagen erfolge. Dort gebe es aber eine gesonderte Berichterstattung, die direkt an die Fachabteilung gehe. Er sei natürlich gern bereit, hier im Ausschuss eine Berichterstattung zu liefern.

Dr. Schmidt ergänzt, dass es sich hier um durchlaufende Gelder und nicht um städtische Gelder handele.

Frau Machatschek kommt auf das Angebot von Herrn Feldhaus zurück und bittet um Bericht über die Arbeit der Haftentlassenenhilfe in einer der nächsten Sitzungen.

Sie dankt den Verbänden abschließend für die umfangreiche Berichterstattung und die erfolgreiche Arbeit und wünscht weiterhin alles Gute.

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird ebenso wie die Berichte der Wohlfahrtsverbände zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |
-



7. Armutsbericht

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek möchte sich ganz herzlich für diesen Bericht bedanken. Für sie sei das kein Armutsbericht, sondern ein Sachstandsbericht. Sie habe das so verstanden, der der Sozialausschuss diesen Sachstandsbericht als Instrument der Steuerung und der Sozialplanung verstehe. Leider sei niemand aus der Verwaltung anwesend, der diesen Bericht vortragen könne.

Herr Dücker erklärt, dass er sehr dankbar sei für diese Ergänzung des ersten Armutsberichtes aus 2005. Diese Arbeit sei auch wichtig für die Ausschussmitglieder in Bezug auf die Stadtplanung, weil man klar erkennen könne, wo bestimmte Bedarfsgemeinschaften in den einzelnen Wohnbezirken geballter wohnten. Wenn man diesen Bericht ernst nähme, müsste man daraus Konsequenzen ziehen. In einzelnen Stadtteilen, die in der sozialen Erneuerung anstünden, müsste man gesonderte Projekte für die Kinder von SGB III - Empfängern laufen lassen, damit diese die Chance hätten, der Bedürftigkeit zu entfliehen und auf eigenen Beinen zu stehen.

Er würde vorschlagen, diese Thematik bei dem Zwischenbericht Wehringhausen, der unter TOP 10 beraten würde, noch einmal aufzugreifen.

Frau Machatschek bedankt sich herzlich bei Herrn Dücker für diese Anregung.

Herr Mervelskemper formuliert einen Antrag an die Trägerversammlung, zusätzlich zu diesem Bericht eine Aufstellung zu machen, wie viele von diesen hier genannten Personen Arbeit hätten, aber trotzdem SGB II – Empfänger seien. Es sei ganz wichtig für die Bewertung, mit welchem Klientel man es im Stadtteil zu tun habe. Er bittet Frau Machatschek, die Mitglied der Trägerversammlung ist, diesen Auftrag dorthin zu transportieren.

Frau Machatschek erklärt, dass sie gern bereit sei, diesen Auftrag weiterzugeben.

Herr Link bittet, den Auftrag dahingehend zu erweitern, dass auch die berufstätigen Alleinerziehenden, die ergänzende Leistungen bekämen, bei der Erhebung berücksichtigt würden.

Frau Machatschek weist darauf hin, dass man das im Grunde geschlechtsspezifisch aufarbeiten müsse. Das sei die sauberste Lösung.

Frau Buchholz beschreibt den Bericht als Aufarbeitung von Datenmaterial und möchte von der Verwaltung wissen, ob es eine Analyse gebe und wie weiter verfahren werde. Gebe es geeignete politische Instrumente oder Empfehlungen, wie bestimmte Dinge bearbeitet werden sollten?

Herr Dr. Schmidt erwidert, man habe hier ein Indikatorsystem. Hier sei das von der Stadt gemacht worden, was man immer von der ARGE einfordere, nämlich Zielgruppen zu definieren. Als eine erste Maßnahme könne er sich vorstellen,



dies in der Trägerversammlung zu diskutieren, um in dem nächsten Maßnahmenkatalog zielgruppenspezifisch zu arbeiten.

Bei den stadtteilbezogenen Projekten könnte man sich Schwerpunkte anhand dieses Datenmaterials herausuchen. Das sei ja nur ein kleiner Ausschnitt. Er bäte, in den Bericht zu schauen und ggf. Hinweise auf weitergehende Erhebungen und Indikatoren zu geben, damit das noch für 2007 mit aufgenommen werden könnte.

Frau Kurte möchte wissen, was diese Erhebung gekostet habe.

Herr Fiedler teilt mit, dass man sich im Bereich von 2.000 € bewege.

Frau Kurte erklärt, dass in allen Bereichen so viel Papier produziert würde und sie sich wünsche, dass jemand das alles mal zusammenbringe.

Frau Machatschek entgegnet, dass dies ein Sachstandsbericht sei, mit dem man arbeiten könne. Sie lege allen ans Herz, diesen Bericht mit in die Fraktionen zu nehmen und bei den verschiedenen Vorlagen dieses Zahlenmaterial zu berücksichtigen und Anregungen zur Sozialplanung von Seiten der Politik an die Verwaltung zu geben.

Herr Dr. Schmidt kann nachvollziehen, dass man vermisse, dass aus dem gesamten Stapel von Papier kleine überschaubare Aktionen gemacht würden. Intelligente Lösungen seien gefragt, um in die Umsetzung zu kommen. Dafür werde Analytik gebraucht.

Herr Haensel macht deutlich, dass es ihm an Kompetenz und Information fehle, das zuordnen zu können. Ihn würde interessieren, wie andere Städte das machten. Was seien für Hagen vergleichbare Städte? Wie gingen diese mit ihrem Zahlenmaterial um? Könnten wir von denen etwas lernen?

Herr Kirchhoff ist auch dieser Meinung. Es bedürfe der Kreativität, auch zu schauen, wie andere das machten. Er könne bei leeren Kassen mit diesen Zahlen nichts anfangen.

8. **Bürgerantrag zur Verbesserung der Situation der von Armut betroffenen Bürgerinnen und Bürger**

Teil I

Antragsteller: Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Ruhr- Mark, Körnerstraße 43, 58095 Hagen, vertreten durch Herrn Michael Hermund

Vorlage: 0033/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Stüwe gibt einige ergänzende Informationen zu dem vorliegenden Antrag. Das Ganze gehe zurück auf den vor knapp einem Jahr durchgeführten Armutsrundgang. Die dort festgestellten Elemente fänden sich in diesem Antrag wieder. Der Beschwerdeausschuss habe sich in erster und zweiter Lesung mit die-



sem Bürgerantrag beschäftigt und dann eine Verweisung an die entsprechenden Ausschüsse beschlossen.

Die Punkte 5, 6 und 7 seien in den Sozialausschuss verwiesen worden. Er erinnert an die Beschlüsse, die der Sozialausschuss zu den Punkten 5 und 6 gefasst hat.

Herr Haensel gibt einen aktuellen Sachstand zu Punkt 7, der als Veränderung zu kennzeichnen sei. Auf Seite 5 der Vorlage werde darauf Bezug genommen, dass bezüglich der finanziellen Förderung das Diakonische Werk einen Zuschuss aus Landesmitteln erhalte. Diese Förderung werde nur noch bis September 2008 laufen.

Herr Mervelskemper ist der Meinung, dass es sicherlich zu begrüßen sei, dass der DGB diesen Förderkatalog aufgestellt habe. Er wolle jedoch ausdrücklich feststellen, dass sich gerade der Sozialausschuss in den letzten Jahren mit all den Themen, die hier angesprochen seien, sehr intensiv beschäftigt habe. Hier sei man zu guten Ergebnissen gekommen.

Frau Buchholz schlägt vor, zum Punkt 7 auf die alte Beschlusslage hinzuweisen und an das Land zu appellieren, die Förderung weiterzuführen.

Herr Kirchhoff unterstützt diesen Vorschlag. 2008 sei es zu spät, mit der ARGE zu verhandeln.

Frau Machatschek fasst zusammen, dass man heute den Beschluss fassen könne, den man schon einmal Anfang 2005 gefasst habe. Die Grünen hätten diesen Antrag seinerzeit gestellt. Dieser Antrag sei wohlwollend vom Sozialausschuss und dem Rat an die Trägerversammlung weitergegeben worden. Es sei dann gesagt worden, dass die Gelder hierfür nicht zur Verfügung stünden.

Herr Haensel formuliert den Beschlussvorschlag in der Form, dass der Sozialausschuss an seinen Beschluss und den Ratsbeschluss erinnert und um einen Bericht darüber bittet, in welcher Form dieser umgesetzt wurde.

Frau Machatschek erinnert auch an den angesprochenen Appell an die Landtagsabgeordneten bezüglich der weiteren Förderung der Stelle über September 2008 hinaus und an die Einbeziehung der ARGE.

Herr Dücker befürwortet den Appell, hält es aber für noch notwendiger, die ARGE miteinzubeziehen, damit die Trägerversammlung tätig werde. Da sehe er eher das Ziel, dass das auslaufende Geld von dieser Stelle käme. Er sei dafür, zweispurig zu fahren.

Dieser Vorschlag wird von Frau Machatschek unterstützt. Die Beschlussvorschläge werden zur Abstimmung gestellt.



Beschluss:

Zu Punkt 5 und Punkt 6:

Zu diesen Forderungen wurden seitens des Sozialausschusses Beschlüsse gefasst, die bereits umgesetzt wurden.

Zu Punkt 7:

Der Sozialausschuss erinnert an seinen Beschluss und den des Rates vom 24.02.2005 und bittet um Bericht, wie dieser umgesetzt wurde.

Gleichzeitig appelliert der Sozialausschuss über die Landtagsabgeordneten an den Landtag, die Stelle auch über 2008 hinaus zu fördern. Gleichzeitig solle über die städtischen Vertreter in der Trägerversammlung darauf hingewirkt werden, dass die ARGE in dieser Sache tätig wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. Bürgerantrag zur Verbesserung der Situation der von Armut betroffenen Bürgerinnen und Bürger Teil II

Antragsteller: Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Ruhr-Mark, Körnerstraße 43, 58095 Hagen, vertreten durch Herrn Michael Hermund

Vorlage: 0492/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Stüwe erläutert die Hintergründe des Bürgerantrages. Er macht darauf aufmerksam, dass es mittlerweile bei Strom auch alternative preisgünstigere Angebote gebe. Darauf würden die Hilfeempfänger auch hingewiesen.

Frau Machatschek erinnert an den Beschluss des Sozialausschusses vom 06.04.2006 in dieser Angelegenheit. Sie schlägt vor, diesen Beschluss in der heutigen Sitzung zu wiederholen.

Herr Kirchhoff kann nicht nachvollziehen, dass ein Sondertarif für arme Menschen nicht möglich sein soll.

Herr Haense entnimmt den Ausführungen des Antrages, dass die Mark E bei ihrer ablehnenden Haltung das Aktiengesetz heranziehe. Er bringt zum Ausdruck, dass er das abgedruckte Protokoll über die Sitzung sehr befremdlich finde. Er denke, dass man als Sozialausschuss gut beraten sei, dem Energieversorger mitzuteilen, dass man nicht willens sei, das so stehenzulassen. Es sei



ein Affront, die politischen Vertreter und diejenigen, die sich an der Stelle engagierten, so im Regen stehen zu lassen. Er hätte nichts dagegen, jemanden aus dem Vorstand der Mark E in den Sozialausschuss einzuladen; möglicherweise auch mit Anwesenheit der Presse.

Frau Kurte stellt fest, dass es sich um ein Wirtschaftsunternehmen mit diesen Problemkunden handele. Diese seien doch teilweise nicht willens und in der Lage, das Geld, das sie für den Strom bekämen, an die Mark E weiterzuleiten.

Herr Stüwe widerspricht dieser These. Er führt die meisten Rückstände auf die Tatsachen zurück, dass die laufenden Abschlagszahlungen bei Preissteigerungen innerhalb des Jahres nicht angeglichen würden.

Frau Kurte möchte wissen, warum die Zahlungen in bestimmten Fällen nicht direkt an den Stormversorger und Vermieter geleistet würden.

Herr Fiedler weist auf eine besondere rechtliche Problematik hin. Das SGB II sehe eine solche Maßnahme nur in ganz wenigen Ausnahmefällen vor. Der Gesetzgeber gehe davon aus, dass man es mit eigenverantwortlichen mündigen Bürgern zu tun habe.

Herr Stüwe ergänzt, dass eine Abtretung nur mit Einwilligung des Betroffenen möglich sei. Gegen Willen des Betroffenen könne das nur gemacht werden, wenn ein Rückstand produziert worden sei. In diese Richtung gehe ja auch der gemachte Vorschlag. Es solle kein Fass ohne Boden werden. Die Liefersperre sei aber leider nur zu verhindern, wenn der Rückstand mit übernommen werde.

Herr Dücker greift den Vorschlag von Herrn Haensel auf, dass man bezüglich der Punkte b und c eine Forderung an Mark E formulieren solle. Ihm sei bewusst, dass man außer dieser Forderung kaum Möglichkeiten habe. Der Sozialtarif aus Punkt a sei nicht durchzusetzen. Hier könne man auf andere Stromanbieter hinweisen. Er hoffe, dass der Beschluss des Sozialausschusses und das Wirken der Aufsichtsratsmitglieder - eventuell auch aus dem Märkischen Kreis - zu einem Umdenken bei den Vertretern von Mark E führen werde. Der Vorschlag von Herrn Haensel, einen Vertreter von Mark E einzuladen, solle aufgegriffen werden.

Herr Link ist auch der Meinung, dass sich hier eine Aktiengesellschaft mal wieder aus der Verantwortung ziehe.

Ihm fehle die Beratung der Betroffenen, wie man mit Geld umginge. Der Betrag in Höhe von 100.000 € , der sich auf 100 bis 150 Personen verteile, stimme ihn nachdenklich. Das würde ja bedeuten, dass jeder von ihnen eine Nachzahlung in Höhe von 800,- bis 1.000 € hätte. Das könne er sich in der Höhe nicht vorstellen.

Herr Stüwe bestätigt die Größenordnung. Man müsse sich vorstellen, dass in dieser Summe auch die letzte Abschlagszahlung enthalten sei.



Frau Machatschek greift die gemachten Beschlussvorschläge von Herrn Haensel und Herrn Dücker auf.

Frau Kurte regt an, diese Beratung als erste Lesung anzusehen und die Thematik erneut in den Fraktionen zu beraten.

Herr Brüggemann macht deutlich, dass er davon ausgehe, dass ein solcher Beschluss keine Veränderung bewirken werde. Er stimme aber für den Beschluss.

Frau Machatschek kann die Bedenken von Frau Kurte ausräumen und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadt Hagen muss sich beim Energieversorger Mark E über ihre Vertreter im Aufsichtsrat und der Aktionärsversammlung für folgende Forderungen einsetzen:

- b) keine Sperre der Strom- und Heizenergie, wenn die ARGE oder das Sozialamt
zusagen, die Zahlung der künftigen Abschlagszahlungen direkt an Mark E zu leisten.
- c) Mark E wird aufgefordert, bei künftigen Veränderungen der Energiepreise die monatliche Abschlagszahlung umgehend anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 11
Dagegen: 0
Enthaltungen: 3



10. **Zwischenbericht über die Entwicklung eines Integrierten Handlungskonzeptes zur Aufnahme des Stadtteils Wehringhausen in das Landesprogramm Soziale Stadt**
Vorlage: 0737/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Buchholz möchte wissen, wann denn das Projekt konkret beginne.

Frau Pape-Laschat erklärt, dass der Prozess der Entwicklung des integrierten Handlungskonzeptes im Stadtteil Wehringhausen in diesem Jahr passieren solle. Anfang nächsten Jahres solle dieses Handlungskonzept in die politischen Gremien zur Beschlussfassung gehen. Spätestens am 30.03.2008 müsste dieses Handlungskonzept beim Land eingereicht sein. Dort werde dann entschieden, ob der Stadtteil in das Handlungskonzept aufgenommen werde. Wenn dem so sei, könnten erste kleinere Projekte starten.

Herr Dücker regt an, bei der Vorbereitung dieses Konzeptes alleinerziehende erwerbstätige SGB II- Empfänger mit Kindern einzubeziehen.

Frau Kurte zitiert aus der Vorlage, dass für die dargestellten Aufgaben zwischenzeitlich ein Auftrag an das Büro Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH, Köln, vergeben worden sei. Sie möchte wissen, was sich hinter diesem Auftrag verberge. Man habe doch bereits Erfahrungen mit Altenhagen gesammelt.

Frau Pape-Laschat erläutert, dass das integrierte Handlungskonzept für Altenhagen vor ca. zehn Jahren entwickelt worden sei. Inzwischen habe sich der Standard für diese integrierten Handlungskonzepte verändert. Das Land fordere ein qualifizierteres Layout als vor zehn Jahren. Vor diesem Hintergrund sei es so, dass Büros mit eingeschaltet würden, um dieses Handlungskonzept zu entwickeln.

Frau Machatschek versteht die Aussage dahingehend, dass es nur um die redaktionelle Aufarbeitung gehe.

Diese Frage bejaht Frau Pape-Laschat. Außerdem gehe es aber auch darum, die Erfahrung dieser Büros mit der Entwicklung anderer Handlungskonzepte zu nutzen. 2006 sei vom Rat der Stadt Hagen ein Budget in Höhe von 30.000 € beschlossen worden, aufgeteilt auf zwei Jahre für die Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes.

Frau Kurte äußert ihre Enttäuschung. Man habe über zehn Jahre Erfahrungen in Altenhagen gesammelt. Was koste diese Begleitung, die den Kindern nicht zugute käme?

Frau Pape-Laschat erklärt, dass diese Begleitung ca. 22.000 € koste. Wenn man Lohn- und andere Kosten dagegenhalte, sei das vergleichbar. In der Verwaltung stehe auch im Moment niemand zur Verfügung, der dafür freigestellt werden könne.



Herr Dücker möchte wissen, inwieweit sich die Richtlinien des Landes geändert hätten. Er wünschte sich, dass Frau Pape-Laschat einen Ergebnisbericht über Altenhagen vorstellen würde.

Frau Pape-Laschat macht deutlich, dass, wenn der Stadtteil Wehringhausen in das Landesprogramm aufgenommen würde, die Kosten zu 50 % vom Land refinanziert werden könnten. Bezüglich der Bitte von Herrn Dücker erklärt sie, dass sie gern über den Stadtteil Altenhagen berichten würde. Der Stadtteil Altenhagen werde noch bis Ende 2008 über das Landesprogramm gefördert. Ende des Jahres beginne man mit dem Stadtteilforum Altenhagen, um zu überlegen, wie die Prozesse ohne die Landesmittel weitergeführt werden könnten.

Frau Machatschek stellt fest, dass es gerade für den Sozialausschuss wichtig wäre, in einer der nächsten Sitzungen in Form eines Berichtes Resümee zu ziehen und gleichzeitig Perspektiven aufzuzeigen.

Frau Pape-Laschat erklärt, dass die Bezirksvertretung Mitte regelmäßig Bericht über die Stadtteilarbeit in Altenhagen bekäme. Sie würde dem Sozialausschuss gern Anfang des nächsten Jahres einen Bericht vorstellen.

Frau Buchholz erklärt, dass niemand etwas dagegen haben könne, wenn externer Sachverstand genutzt werde und die Sache dann effizienter gestaltet werden könne. Solche Stadtentwicklungsbüros hätten sicher ein anderes Know-how als Akteure vor Ort.

Herr Link wünscht sich weitere Informationen zu den beiden Workshops, die für Wehringhausen geplant seien.

Frau Pape-Laschat berichtet, dass der erste Workshop, der am Samstag stattfindet, unter dem Thema stünde, was gut in Wehringhausen sei und sich lohne, mit in die Zukunft zu nehmen. Im dem zweiten Workshop werde es darum gehen, sich bestimmte inhaltliche Bereiche anzuschauen, in welche Richtung Veränderung gehen müsse. Auf die Frage, über welche Wege eingeladen würde, teilt sie mit, dass dies über Fleyer und Plakate im Stadtteil, aber auch über eine Pressemitteilung geschehe.

Herr Dücker wünscht sich, solch einen Workshop auch mal auf einen Samstag-nachmittag zu legen, damit auch die arbeitende Bevölkerung Gelegenheit habe, mitzumachen.

Frau Machatschek bedankt sich und wünscht Frau Pape-Laschat für dieses Projekt viel Erfolg.



Beschluss:

Der Zwischenbericht über die Entwicklung eines Integrierten Handlungskonzeptes zur Aufnahme des Stadtteils Wehringhausen in das Landesprogramm Soziale Stadt wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

11. Anfragen gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung

Herr Haensel erinnert an die Diskussion rund um die Tuchmacherstraße. Es habe eine Sitzung gegeben, die noch einen Folgetermin bräuchte. Man habe im Rahmen der Sozialausschusssitzung vereinbart, einen Termin bei Dr. Schmidt abzustimmen.

Frau Machatschek erklärt, dass man diesen im Anschluss an die Sitzung vereinbaren wolle.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.35Uhr

Gez. Machatschek
Vorsitzende

Gez. Krause
Schriftführerin